

Aktion Rote Hand

Die Forderungen des Deutschen Bündnisses Kindersoldaten



Folgende Forderungen richten sich an Deutschland:

1. Stopp der Rekrutierung 17-Jähriger Minderjähriger in die Bundeswehr, Erhöhung des Mindestalters für Rekrutierung auf 18 Jahre.
2. Stopp von Werbung der Bundeswehr, die sich gezielt an Minderjährige richtet: an Schulen, in Jugendmedien, auf Jugendseiten im Internet, bei Sport-, Abenteuer- und Musikveranstaltungen für Minderjährige, etc.
3. Friedenserziehung verbindlich in den Lehrplänen und in der Lehrerfortbildung verankern
4. Gewährung von politischem Asyl und Unterstützung für geflüchtete Kindersoldaten oder Minderjährige, die vor einer Rekrutierung geflohen sind. Ein sicherer Aufenthaltsstatus, medizinisch und psychologische Versorgung sowie schulische und berufliche Bildung sind für sie lebenswichtig. Hier gibt es in Deutschland große Probleme.
5. Stopp aller deutschen Rüstungsexporte (bes. Kleinwaffen), insbes. in Krisengebiete in denen Kindersoldaten eingesetzt werden. Deutschland ist hier als weltweit drittgrößter Waffenexporteur besonders in der Pflicht.
6. Mehr Geld für Kindersoldaten-Hilfsprogramme: Die staatlichen Mittel für Präventions- und Reintegrationsprogramme für Kindersoldaten in Krisenregionen müssen deutlich erhöht werden.

Internationale Forderungen:

1. **„Straight 18“:** Kein Kind unter 18 Jahren darf in Armeen, bewaffneten Gruppen oder anderen militärischen Verbänden eingesetzt oder geschult werden. Dies gilt unabhängig von der Funktion (auch nicht ohne Waffe!) und unabhängig davon ob es unfreiwillig oder „freiwillig“ geschieht. Auch dürfen unter 18-Jährige prinzipiell nicht für Armeen oder bewaffnete Gruppen geworben werden. Alle Kinder unter 18 Jahren müssen aus Armeen und bewaffneten Gruppen entlassen werden und bei ihrer Rückkehr ins zivile Leben unterstützt werden.
2. **Bestrafung der Verantwortlichen:** Personen, Staaten und bewaffnete Gruppen, die Kinder rekrutieren, müssen öffentlich benannt und bestraft werden. Personen müssen vor dem Internationalen Strafgerichtshof oder vor nationalen Gerichten angeklagt werden. Staaten und bewaffnete Gruppen müssen öffentlich verurteilt werden (z. B. vom UN-Sicherheitsrat) und sanktioniert werden (wirtschaftliche Konsequenzen, Reiseverbote, Kontensperrungen.)
3. **Versorgung, Schutz und Hilfe für geflohene Kindersoldaten:** Medizinische und psychologische Versorgung, Schutz vor erneuter Rekrutierung, sowie schulische und berufliche Bildung sind für alle ehemaligen Kindersoldaten lebenswichtig – gerade auch wenn sie als Flüchtlinge in andere Länder kommen.
4. **Gewährung von politischem Asyl:** Ehemaligen Kindersoldaten muss in allen Ländern, in die sie geflohen sind, Schutz und politisches Asyl gewährt werden – natürlich auch in Deutschland und anderen Industrieländern.
5. **Stopp von Waffenexporten:** Waffen (insbesondere Kleinwaffen), Waffenteile oder Munition dürfen nicht mehr in Krisenregionen exportiert werden, in denen Kindersoldaten eingesetzt werden. Auch die illegalen Umwege, über die (auch deutsche) Waffen in Krisenländer gelangen, müssen dichtgemacht werden: Stopp der Vergabe von Waffenproduktionslizenzen ins außereuropäische Ausland und Stopp des Exports von Waffen in Drittländer, die die Waffen in Krisengebiete weiterleiten.
6. **Mehr Geld für Kindersoldaten-Hilfsprogramme:** Die staatlichen und internationalen Mittel für Präventions- und Reintegrationsprogramme für Kindersoldaten müssen deutlich erhöht werden. In vielen Ländern mit Kindersoldaten gibt es keinerlei Mittel für solche Programme.